

Baugewerkschaft

Organ des Bauarbeiterverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,20 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Der Kaiser an das deutsche Volk

Amtlich. Großes Hauptquartier, 12. Januar.
An das deutsche Volk!

Unsere Feinde haben die Maske fallen lassen. Erst haben sie mit Hohn und heuchlerischen Worten von Freiheitsliebe und Menschlichkeit unser ehrliches Friedensangebot zurückgewiesen. In ihrer Antwort an die Vereinigten Staaten haben sie sich jetzt darüber hinaus zu einer Eröberungsjucht bekannt, deren Schändlichkeit durch ihre vorleumderische Begründung noch gesteigert wird. Ihr Ziel ist die Niederwerfung Deutschlands, die Herfindelung der Freiheit Europas und der Meere unter das selbe Joch, das zähneknirschend jetzt Griechenland trägt. Aber was sie in dreißig Monaten des blutigsten Kampfes und des gewissenlosesten Wirtschaftskrieges nicht erreichen konnten, das werden sie auch in aller Zukunft nicht vollbringen. Unsere glorreichen Siege und die eiserne Willenskraft, mit der unser kämpfendes Volk vor dem Feinde und dahem jedwede Mühsal und Not des Krieges getragen hat, bürgen dafür, daß unser geliebtes Vaterland auch fernerhin nichts zu fürchten hat. **WILLKOMME** die Unterstützung und heilige Joru werden jedes heuchlerischen Manes und Weibes Kraft verdoppeln, gleichviel, ob sie dem Kampf, der Arbeit oder dem opferbereiten Dulden geweiht ist. Der Gott, der diesen herrlichen Geist der Freiheit in unseres tapferen Volkes Herz gepflanzt hat, wird uns und unsere treuen, sturmerprobten Verbündeten auch den vollen Sieg über alle feindliche Mächte und Vernichtungswut geben.

Wilhelm I. R.

Die gescheiterte Friedensaktion

Der Erlaß des Kaisers an das Heer und die Marine hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Reichsregierung ihre Friedensaktion für abgeschlossen betrachtet. Sie ist gescheitert. Auch die Friedensbemühungen neutraler Staaten waren vergebens. Das war voraussehen. Immerhin ist der Versuch, zum Frieden zu gelangen, bemerkenswert und lehrreich. Er erbringt uns immer wieder den Beweis, daß England die Seele des Widerstandes ist, daß seine Staatsmänner aber eifrigst Bedacht nehmen, dies nicht allzusehr in den Vordergrund treten zu lassen. Während aus Rußland und Frankreich eine klare und scharfe Ablehnung erfolgte, wurde über die Rede Lloyd Georges der Satz geprägt, sie habe die Türe nicht zugeschlagen. Das ist leichte Berechnung. Die englischen Staatsmänner verstehen es, entweder durch Versprechungen (Konstantinopel an Rußland) oder durch Schmeicheln der Eitelkeit französischer Staatsmänner (Briand) diese für ihre ureigensten Zwecke in den Vordergrund zu schieben. Auch die Abhaltung des letzten Kriegsrats in Rom war von solchen Gedanken eingegeben, die italienische Eitelkeit zeigt sich bevorzugt. Italien dagegen, das in der Behandlung Griechenlands eigene Bege einschlagen schien, scheint wieder richtig eingepaunt zu sein, wenn vielleicht auch erst nach Bewilligung einiger „Wünsche“. Die „edle“ römische Nation versteht sich auf

dieses Geschäft, allerdings ist zuzugeben, daß es ihr auch nicht gut geht.

Wer England richtig erkennen will, darf nicht auf seine Worte, sondern muß auf seine Taten sehen. Da ist zunächst zu konstatieren, daß die Männer der schärfsten Tonart das Ruder ergriffen haben. Lloyd George an der Spitze der Regierung. Das allein ist ein Programm. Dieser „starke Mann“ traut es sich zu, das gewaltige Ringen mit einem englischen Siege abzuschließen. Und darauf stellt er seine und seines Landes Kräfte ein. Wer ihn unterschätzen wollte, leistet seinem Vaterlande keinen Dienst. Die Abstraktheit hat eine Abänderung erfahren, die Steigerung der Munitionserzeugung wird mit aller Energie betrieben, der Druck auf die neutralen Staaten im Sinne der englischen Politik wird verschärft. Bethmann Hollweg charakterisierte den Engländer richtig, als er ihn als den zähesten, rücksichtslosesten und brutalsten Feind bezeichnete. Diese hier angebaute Vordänge in England stehen ohne weiteres auf eine Ablehnung unseres und unserer Verbündeten Friedensangebots von vornherein schließen.

Nun hat der Kriegsrat unserer Feinde in Rom getagt. Ueber die Beschlüsse ist bis jetzt nichts verlautet, nur schöne Worte nach außen waren zu hören. Und auf solche Worte berufen sich die feindlichen Staatsmänner mehr als die unsrigen. Aber auch eine Tat liegt bereits vor: das kurzfristige Ultimatum an Griechenland. Es liefert den Aufschluß, daß auch in Zukunft um den Balkan gewürfelt wird. Die Saloniki-Expedition wird nicht aufgegeben, obwohl es in England, Frankreich und auch in Italien (in diesem Lande allerdings aus anderen Gründen) weite Kreise gibt, die an diesem Unternehmen alles andere, nur keine Freude empfinden. Nach der verunglückten Gallipoli-Expedition nun auch noch das Saloniki-Unternehmen aufzugeben, wäre für den Jchneiderband allerdings der Rest jeden Ansehens auf dem Balkan. Rußland würde sich noch mehr vereinsamt fühlen und seine Hoffnung auf Konstantinopel, die ja nur eine Fata Morgana ist und bleiben wird, restlos im Nebel verschwimmen sehen.

Ob schon in Kürze dem Entente-Kriegsrat weitere Taten folgen, dürfte sich bald zeigen. Eine gemeinschaftliche Offensive ist kaum zu erwarten, weil einer solchen der Winter und auch ungleichmäßige Vorbereitungen entgegenstehen.

Die Wirkungen unseres Friedensangebotes aber sind nicht aus der Welt zu bringen. Die Menschheit hat genug Leid aus diesem Kriege und sie sehnt sich mit allen Sinnen nach dem Frieden. Dazu treten die steigenden Lasten und Entbehrungen, die sich immer scharfer in den uns feindlichen Ländern abheben. Durch Hunger suchte man uns klein zu bringen, und nun zeigt sich dieses Gespenst selbst bei ihnen. Allen Grund für die Staatsmänner dieser Länder, um keine Friedensstimmung auskommen zu lassen. Sie kämpfen mit allen Mitteln dagegen. Trotzdem können sie die Friedensstimmungen nicht mehr unterdrücken. Eine Ausnahme macht England bzw. die englischen Arbeiterführer. Sie haben in schlimmster Weise zum Kriege und gegen das deutsche Volk. Zwei englische Arbeiterführer, die zugleich Minister sind, Barnes und Henderson, vergleichen das deutsche Volk mit wilden Tieren und Mördern. Diese Söhne jener „edlen“ Nation, die nur durch Krieg, Raub und Grausamkeit zu ihrer heutigen Höhe gelangt ist — wir brauchen nur an den Kampf gegen die Buren und an den Opiumkrieg gegen China zu erinnern — hätten alle Veranlassung, an ihre eigene Brust zu schlagen. Einer davon meinte, nicht Deutschland sollte vernichtet werden, sondern nur der „preussische Militarismus“. Gewiß ist dies das Ziel, so wünscht sich England alle Staaten, weil ihre Selbständigkeit und

ihre Entwicklung alsdann einzig und allein von Englands Gnade abhängig ist. Diese darf aber nie den englischen Interessen entgegen sein.

Die neutralen Staaten haben mit ihren erstmaligen Friedensbemühungen keinen Erfolg gehabt. Das wird sie kaum entmutigen, sie werden zu gegebener Zeit wiederkommen. Was aber zwischen dieser Zeit liegen wird, das wissen wir nur zu gut. Die Waffen werden bis dahin weiter sprechen, noch scharfer als bisher. Wir hoffen, daß sie die Entscheidung in einem für uns günstigen Sinne bringen und alsdann eine Vermittlung der Neutralen überflüssig wird.

Das neue Jahr hat gut begonnen. In Rumänien wird zu Ende geführt, was der ungetreuen Regierung dieses Landes gebührte. Was unsere Vernichtung bedeuten sollte, wurde zu unserer Stärke. Und nun hat der Russe den Schlag aufzuhalten versucht. Es ist ihm nicht gelungen. Er fühlt nur, daß er an einer seiner verwundbarsten Stellen gesaßt ist, und wehrt sich verzweifelt dagegen. Ohne Erfolg. Wir stehen vor Mesopotamien und damit vor dem Einbruch in sein wirtschaftliches Herz. Wieder einmal sieht sich Rußland vor dem Zusammenbruch seiner Wünsche. Derweilen zuckt das Land in inneren Gärungen, seine Minister wechseln bald duzendweise. Das soll nicht verschleiern, daß sein Kriegswille gegen uns noch ungebrochen ist.

Alle Mittel müssen aufgeboten werden, um die Pläne unserer Feinde zu zerstreuen. Insbesondere gilt es, England zu treffen. Diesem gegenüber muß mit allen Kriegsmitteln angegangen werden, ohne jede Rücksicht auf andere. Wir hegen die gute Hoffnung, daß Regierung und Volk sich in diesem Wunsche einzig sind. Um so näher kommen wir dem ersehnten Frieden, aber auch nur dadurch.

Vorstehender Artikel war geschrieben, ehe die Note der Entente an Präsident Wilson bekannt wurde. Wir kommen in nächster Nummer auf die darin aufgestellten Forderungen zurück.

Stadt und Land

Im Preussischen Abgeordnetenhaus hat ein Kriegslahrgang für deutsche Landfrauen stattgefunden. Es wurde damit der Zweck verfolgt, die Landfrauen mit den Schwierigkeiten unserer Lebensmittelversorgung sowie mit den erforderlichen Abhilfemaßnahmen betraut zu machen. Das ist gewiß loblich und gut. Vielleicht hätte dies schon viel früher geschehen müssen, denn an Aufklärung kann in diesen schwierigen Zeiten nicht genug getan werden. Es ist natürlich, daß auf diesem Kriegslahrgang auch das Verhältnis zwischen Stadt und Land in ausgiebiger Weise zur Sprache kam. Schon in Friedenszeiten bestehen Gegensätze zwischen Stadt und Land. Gar mancher Landmann betrachtet den gutgekleideten Städter als einen, der nicht viel arbeitet, aber gut lebt oder doch gut leben will, ungekehrt schaut mancher Städter den Bauer über die Köpfe an, hält ihn für dumm, habgierig und grob. Welches ist ungerecht und hat seine Ursache in der Unkenntnis der Verhältnisse. Ob dieser Gegensatz sich jedoch wird einmal ganz beseitigen lassen, erscheint fraglich, es kommt jedoch darauf an, in welchem Grad er vorhanden ist. Nimmt er solche scharfe Formen an, daß er zu einer allgemeinen Schädigung der Volksinteressen zu führen droht, dann besteht Veranlassung, nach dem Ursachen zu forschen und nach Abhilfe zu drängen.

Obne Zweifel hat sich während des Krieges das Verhältnis zwischen Stadt und Land verschlechtert. Die Ursachen liegen in den hohen Lebensmittelpreisen, während in den weiten Reichungsbereichen der Städte von

breitet sich, es werden vom Lande die Lebensmittel beschaffen, künstlich zurückgehalten, um höhere Preise zu erzielen, und stünden den Landwirten so reichliche Mengen Lebensmittel zur Verfügung, daß sie die Entbehrungen des Krieges fast nicht verspürten. Wir wollen ein Urteil darüber nicht abgeben. Nur wollen wir bemerken, daß der Vorwurf der künstlichen Zurückhaltung von Lebensmitteln zwecks höherer Preise seinen Ursprung in der Rohstoffversorgung des ersten Kriegswinters hat.

Auf dem genannten Kriegslahrgang, hat nun Herr Dr. Siegmund-Schulze einen Vortrag gehalten, über die Wirkungen der Lebensmittelknappheit auf die städtische Bevölkerung. Das ist ein interessantes Thema, besonders auch wichtig in bezug auf den verschärften Gegensatz zwischen Stadt und Land, während des Krieges. Ueber die Rede des genannten Herrn liegen heute nur kurze Pressenauszüge vor, die ein Urteil nicht erlauben. Worauf es uns in diesem Artikel aber ankommt, ist das Urteil, was ein Blatt der Landwirtschaft, das gar häufig Jammerklagen anstimmte, über die falsche und ungerechte Beurteilung der Landwirtschaft durch andere Stände, aus der Rede des Herrn Dr. Siegmund-Schulze in der Hauptsache mitzuteilen für gut befindet. Nachdem die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 18) einleitend den Herrn sagen läßt, daß die Wirkungen der Lebensmittelknappheit in geistiger Beziehung keineswegs so traurig seien, wie manche Gerüchte behaupteten, und daß die mittleren und kleinen Beamten am meisten unter der Knappheit leiden, fährt er über die Arbeiter:

„Die Arbeiterbevölkerung zeigt in sich die größten Unterschiede. In den Kreisen der Munitions- und Leberarbeiter gibt es Familien, die bei Mitarbeit von Kindern ein Jahreseinkommen von 15 000 Mark haben. In solchen Kreisen ist nicht bloß keine Not, sondern oft geradezu Verschwendung. Es ist ja bekannt, daß in Arbeiterkreisen oft drei Viertel des Verdienstes auf das Essen verwendet wird. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Not, bitterste Not. Die inneren Wirkungen der Knappheit sind sehr verschieden. Die Magenfrage ist ganz in den Vordergrund getreten. Das Verhältnis zum Lande, von dem es heißt, daß es nur „gut lebe“, ist schlechter geworden. Man muß bei der großen Masse sogar einen gewissen Haß gegen das Land feststellen. Jetzt geht es aber weniger gegen die Junker, als gegen die Reichheit überhaupt. Trotz alledem kann die arme Bevölkerung doch auch von Verschwendung nicht freigesprochen werden. Man gehe einmal am Sonnabendabend durch den Osten und Norden, und man wird erstaunt sein über die vielen gebratenen Gänse, die aus den Schaufenstern gefaßt werden von Arbeitern, die gut verdienen. Viele leben nur für Essen und Vergnügen. Die große Zeit kommt ihnen nicht zum Bewußtsein. Eine böse Wirkung ist die Verwirrung der Gewissen, daß man die behördlichen Bestimmungen sehr allgemein zu umgehen sucht.“

Dann läßt die „Deutsche Tageszeitung“ Herr Dr. Siegmund-Schulze noch einige Bemerkungen über die all-

gemeine Unzufriedenheit und über die Wirkungen des deutschen Friedensangebotes machen, und die Vorsichtende Punkt ihm, ganz besonders für die Ehrlichkeit der Darstellung.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ lobt dem Herrn seine „Ehrlichkeit“ nach. Denn, daß er gegenüber seinen Äußerungen über Verschwendung, seinen Hinweis auf die hohen Verdienste und die vielen gebratenen Gänse für so nebenher gesagt haben soll, es gebe auch Not, bitterste Not, das könnten wir nicht annehmen. Daß das Blatt aber gerade diese Ausführungen herausgreift, und sie besonders herausstreicht, beweist, wie willkommen sie ihm waren. Wir bemerken, daß die gesperrten Stellen auch im Originalbericht der „Deutschen Tageszeitung“ gesperrt sind. Und nun überlege man sich, auf welche Gedanken der landwirtschaftliche Leser dieses Berichtes kommen muß. 15 000 Mark Jahresverdienst, das fällt ihm zunächst auf. Ist ja unglaublich, ist ja unvorstellbar, wird er denken, aber da steht's, also muß es wahr sein. Dann folgt das Wort „Verschwendung“, drei Viertel des Lohnes verschleppen sie, und dann die vielen gebratenen Gänse. Da haben wir's. Und diese Rede hat dann noch einen Haß gegen die Landbevölkerung, von der sie glaubt, daß diese nur gut lebe. Na, auch werden wir, so wird manchem der Gedanke kommen, an die „Not, bitterste Not“ nicht die geringste Erinnerung. Mancher, dem Bedenken über sein bisheriges Tun und Lassen angesichts der Not der Zeit aufsteigen, wird sich gerechtfertigt fühlen, andere wiederum werden in ihr eine Aufforderung zu weiterer Preistreibererei erblicken. Das, was die „Deutsche Tageszeitung“ aus dem Vortrage des Herrn Dr. Siegmund-Schulze herauszugreifen für gut befindet, ist das, worauf das allgemeine Vorurteil der Landbevölkerung gegen die städtischen Bewohner beruht.

Herr Dr. Siegmund-Schulze wird hieraus ersehen, daß er der Verständigung zwischen Stadt und Land keinen Dienst erwiesen hat. Ausführungen dieser Art bleiben immer fester haften als solche, die an das Pflicht- und Opfergefühl appellieren. Der Erwerbssinn ist während des Krieges so ausgeprägt und zeigt sich häßliche Willen und Unmoralitäten, daß alles vermieden werden sollte, woraus er neue Nährkräfte ziehen kann. Durch die Einführung des 15 000-Mark-Einkommens, was wir übrigens bezweifeln, und die gebratenen Gänse wird diesen betäubenden Erscheinungen nur verstärkt Wasser auf die Mühlen geleitet. Hätte ein Arbeiterführer vor den Landfrauen geredet — und es ist unbegreiflich, warum dies nicht geschehen ist —, dann würde die „Deutsche Tageszeitung“ keine Gelegenheit gefunden haben, der Landbevölkerung dieses „Material“ zu servieren, das (so weit man es überhaupt als zutreffend anerkennen kann) nur die Ausnahme bildet, aber durch die Art der Aufmachung bald als Regel empfunden werden muß.

Daß die Lohnsteigerung der Arbeiter nur bei einem kleinen Kreis die Steigerung der Lebenskosten ausgleichend, in Einzelfällen auch überschritten haben mag, ist unbestreitbar. Die weit überwiegende Mehrheit leidet

unter der Teuerung und Knappheit sehr. Wenn doch einmal die Kreise der „Deutschen Tageszeitung“ wüßten, mit welchen Gefühlen so einer Gans von einer Arbeiterfamilie umhandelt wird. Wir haben Ausbrüche von Wut und haben auch Tränen der Arbeiterfrauen gesehen, die ihr Geld, und zwar das letzte Geld für Gänsefleisch oder Gänsefleisch auszugeben gezwungen waren, weil die Not keinen anderen Ausweg mehr ließ. Dabei bleiben die leidenschaftlichen Ausnahmen unbestritten, auch in Großgrundbesitzerkreisen soll es solche geben, die Selt und Küstern sitzen, und die ihr Gut verpächtern und verprassen. Aber die Not zwingt die Arbeiterfamilien, alles zu kaufen, wofür sie nur das Geld aufstellen. Sie müssen es, um arbeitsfähig zu bleiben. Daß sie zu einem erheblichen Teil in Friedenszeiten drei Viertel ihres Lohnes für Essen verwandt haben, ist eine Tatsache, die bei den niedrigst bezahlten Arbeitern zutrifft. Die Schlussfolgerungen ergeben sich von selbst. Ohne die Ernährung, die die deutsche Arbeiterschaft in Friedenszeiten hatte, wäre sie nie zu der Leistung befähigt gewesen, die uns an die Spitze aller Industriestaaten geführt hat. Man darf nie vergessen, daß Deutschland unter den hartarbeitenden Völkern an der Spitze marschiert. Aber wir glauben immer noch, daß die Leser der „Deutschen Tageszeitung“ auch in Friedenszeiten größere Mengen an Nahrungsmitteln und vor allem auch bessere konsumieren, haben, wie sie den Arbeitern zukamen. Und heute erst? Schweigen wir darüber.

Auf diese Weise vermindert man den Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht, wie es die „Deutsche Tageszeitung“ beliebt. Herr Dr. Siegmund-Schulze wird darauf Bedacht zu nehmen haben, daß obenschiebender Auszug aus seiner Rede nicht die einzige Frucht bleibt, die sie bringen sollte. Sie wäre zu beklagen.

Allgemeines

Das Eiserne Kreuz erhielten folgende Kollegen:

- Salob Ködner**, Mitglied der Zahlstelle Bülkingen; **Karl Schwedhelm**, Mitglied der Zahlstelle Dortmund; **Unteroffizier Hermann Orant**, Mitglied der Zahlstelle Görde. Zu Unteroffizieren befördert wurden die Kollegen **Karl Rhein**, Mitglied der Zahlstelle Görde, und **Matthias Schlinger**, Mitglied der Zahlstelle Bülkingen. Zum Offizierstellvertreter befördert wurde Kollege **Karl Alwig**, Mitglied der Zahlstelle Dortmund.

Der Bauarbeitsmarkt in Ostpreußen. Wie uns der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe in Königsberg berichtet, war der Arbeitsmarkt im Baugewerbe noch immer verhältnismäßig lebhaft. Angebot und Nachfrage hielten sich für Maurer, Zimmerleute und Tischler auf der gleichen Höhe wie im Vormonat November, während für Hilfsarbeiter ein größerer Rückgang zu verzeichnen ist. Die Bauaktivität für den Wiederaufbau scheint gegen Ende des Berichtsmonats allerdings zum größten Teil eingestellt worden zu sein; ausgeglichen wurde dieser Stillstand teilweise durch die Inangriffnahme einer Anzahl von Bauten im Verkehrsinteresse. Insgesamt konnten

Die Bedeutung der Donau

Der Uebergang Rudenens über die Donau und unsere nunmehrige Beherrschung des Stromes bis Debarrien haben die Donau in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Zunächst haben wir damit einen wichtigen strategischen Vorteil erreicht, denn nach der Eroberung Serbiens und der Wiederherstellung Rumaniens bildet heute die Donau angesichts der starken Ueberlastung der österreichischen und ungarischen Bahnen die einzige, in großem Maße leistungsfähige Straße von der Mitte Europas bis ins Innere Rumaniens. Ihre Lage läßt sie vor jedem Angriff einer feindlichen Macht, als Schutzbarriere für die Balkanstrassen leicht zu unpassbare Dämme, voraus, daß ein Schiff von 500 Tonnen Tragfähigkeit den Bedarf eines Armeekorps an Lebensmitteln, der täglich ungefähr 30 Tonne ausmacht, für eine Woche mit einer einzigen Fahrt zu decken.

Von besonderer Wichtigkeit wird die künftige wirtschaftliche Bedeutung der Donau für die Balkanländer sein. Denn nun von der Balge abwärts, die überaus reichliche und gleichmäßige Charakter trägt, ist die Donau mit einer Stromlänge von 300 Kilometer und einem Stromgebiet von 117 000 Quadratkilometer durch den großen Stromlauf, der hier die wichtigsten Städte Rumaniens, Bulgariens, Serbiens und Griechenlands durchfließt, zu einer der größten Verkehrsstrassen geworden. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die rumänische Petroleumgewinnung, die in der Gegend von Galatz und Braila in großer Menge stattfindet. Die Donau bildet hier die einzige Wasserstraße für den Export dieses wichtigen Rohstoffes nach West- und Osteuropa. In der Gegend von Galatz und Braila sind auch die einzigen Produktionsstätten für die Donau in der Gegend von Galatz und Braila. Die Donau bildet hier die einzige Wasserstraße für den Export dieses wichtigen Rohstoffes nach West- und Osteuropa.

monarchie (676 000 Quadratkilometer) nicht weniger als 71 Prozent dem Donaufstromgebiete angehören.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Uferstrecken der Donau und der sich anschließenden Teile des eigentlichen Stromgebietes passen sich in den einzelnen Abschnitten des Stromlaufs im allgemeinen dem Gesamtcharakter der Landwirtschaft der Uferstaaten an. Im obersten Stromgebiete, in Bayern (Württemberg) kommt hauptsächlich mit Wein in Betracht finden wir neben einer nicht unbedeutenden Getreideproduktion und Viehzucht, die sich hauptsächlich südlich des Flusses gegen die Alpen zu ausdehnt, eine kräftige exportfähige Industrie, die sich besonders nördlich des Flusses in Franken entwickelt hat. Beim Ueberschreiten in die Donaumonarchie verliert das Stromgebiet etwas an industriellen Charakter, denn Österreich und das jüdische Hinterland von Galatz und Konstantinopel sind vorwiegend für Ackerbau und Viehzucht geeignet. Immerhin gibt es auch hier namhafte Industrien. Weiter stromabwärts sind in Niederösterreich als dem Zentrum der Monarchie fast alle Industrien Österreichs vertreten; daneben wird Landwirtschaft in großem Maße betrieben. Wien samt Umgebung stellt naturgemäß den größten Sammelplatz industrieller Anlagen dar. Gewissen Charakter weist auch das Hinterland von Wien und Nordböhmen auf. Der von Ungarn gebildete Teil des Stromgebietes ist fast durchweg landwirtschaftlicher Natur. In den weiter anschließenden Ländern Rumaniens und Serbiens wird Ackerbau und Viehzucht betrieben. Der nördliche Teil des Stromgebietes, zu dem Rumänien und das nördliche Bulgarien gehören, ist durch großen Reichtum an Naturprodukten ausgezeichnet. Der östliche Rumänien kann als zu den Donaumonarchie gehörig betrachtet werden. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die rumänische Petroleumgewinnung.

Die Donau bildet hier die einzige Wasserstraße für den Export dieses wichtigen Rohstoffes nach West- und Osteuropa. In der Gegend von Galatz und Braila sind auch die einzigen Produktionsstätten für die Donau in der Gegend von Galatz und Braila. Die Donau bildet hier die einzige Wasserstraße für den Export dieses wichtigen Rohstoffes nach West- und Osteuropa.

Ungarn, am Balkan und in Kleinasien, während österreichische Industrieprodukte nach West und Ost ziehen. Ungarn wiederum kann seinen Ueberschuß an Getreide ebensowenig aufzehren wie Serbien, Bulgarien und benachbarte Rumänien. Dieser Export nimmt den Weg nach Westen. Die meist geringe Entwicklung der Industrien dieser Länder macht sich empfangsbereit für Industriearbeit, aus Deutschland und Österreich. Auch die Türkei unterhält verhältnismäßig rege Handelsbeziehungen zu den Mittelmächten.

Bisher war der Verkehr auf der Donau recht wenig ausgebildet. So belief sich auf allen österreichischen Donaustationen von Passau bis Preßburg, einschließlich Wiens, der gesamte Güterverkehr in Zufuhr und Abfuhr im Durchschnitt auf nicht viel über 1 1/2 Millionen Tonnen jährlich, während sich der Verkehr auf der Spree für Berlin und Charlottenburg allein auf etwa 9 Millionen Tonnen stellte. Die Gründe für dieses Zurückbleiben des Donauverkehrs liegen hauptsächlich im folgenden. Die Donauschifffahrt leidet vor allem unter den vielen Stromhindernissen und Stromschnellen, unter häufigen Veränderungen und Verlagerungen des Stromlaufes. Der Unterlauf ist durch die Stromengen des „Eisernen Tores“ an der ungarisch-serbisch-rumänischen Gde vom übrigen Laufe völlig abgeschnitten. Die Verschiedenheit der Interessen der zahlreichen Uferstaaten ließ eine einheitliche Regelung und Verbesserung des Stromlaufes nicht zustande kommen. Hinzu kam, daß die Donau nicht in ein Weltmeer, in eine Hauptader des Weltverkehrs, sondern in einen abgelegenen Binnensee in das Schwarze Meer mündet. Jedes wird ihre westöstliche Richtung der Donau mehr als bisher die Rolle einer Vermittlerin zwischen Mitteleuropa und dem Balkan, bzw. Kleinasien zuzuschreiben. Während des Weltkrieges haben wiederholt schon wichtige Zugängen und Verbindungen sowohl in Deutschland wie in Österreich-Ungarn stattgefunden, welche vor allem eine bessere Anbahnung der Wasserstraße der Donau für die Industrie zum Segenhand ihrer Beratungen hatten.

nom Arbeitnachweis für das Baugewerbe und für das Solzgewerbe 266 Arbeitskräfte vermittelt werden.

Gesundheitspflege bei Verurlaubten. Das Kriegsministerium weist auf die genaueste Beachtung der bereits früher gegebenen Bestimmungen erneut hin, nach denen alle von den Kriegsschauplätzen verurlaubten Heeresangehörigen anzuweisen sind, im Interesse ihrer eigenen Gesundheit und der ihrer Angehörigen sofort bei der zuständigen Militär- oder Ortsbehörde an ihrem Aufenthaltsort Meldung zu erstatten, wenn bei ihnen Erkrankungsmerkmale, wie Durchfall, Erbrechen oder dergleichen, auftreten. Die gleiche Meldepflicht ist auch bei etwaiger Verlaufsung erforderlich.

Ein verurteilt gebordener Engländer. Der Minister für Pensionen, Barnes (Arbeiterpartei), sagte in einer Rede in Southwark: Alle wünschen den Frieden. Aber der beste Weg, den Frieden zu erlangen, ist der, den Frieden aus den Gemütern zu verbannen, bis die Ziele erreicht sind, die geüht sind, ihn zu sichern. Der deutsche Friedensvorschlag war kein wirklicher Friedensvorschlag. Er sprach immer noch im Tone eines Eroberers und in der Laune eines Märders. Wir können über unsere Friedensbedingungen keine Bedingungen mit einem wilden Tiere eingehen. Wilson darf versichert sein, daß wir nicht Krieg führen, um Deutschland zu zerschmettern, sondern nur, die militärische Macht zu zerschmettern, den militärischen Übermut nicht nur in Deutschland, sondern überall, und daß, bevor wir in Verhandlungen eintreten, Deutschland, Belgien und die von ihm besetzten Gebiete der anderen kleinen Völker geräumt haben muß. Es muß einwilligen, für das ihnen angebotene Unrecht, Wiedergutmachung zu gewähren und einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der sich auf die internationale, moralische Stärke der ganzen Welt stützt. — Dieser Minister für „Pensionen“, der von den Deutschen als „Mörder“ und „wilden Tier“ rechnet, sollte sich schleunigst pensionieren lassen.

Die Geschossproduktion des Krieges. Wie wir der „Ab. Westf. Jtg.“ entnehmen, berechnet die russische „Moskwa Wrenija“ auf Grund von halbamtlichen russischen Angaben die Produktion von Artilleriegeschossen auf täglich 1 1/2 Millionen Stück. Die Produktion der Zentralmacht wird auf 620 000 Stück täglich berechnet, die der Entente auf 560 000 Stück und die Geschossproduktion Amerikas und Japans auf täglich 320 000 Stück. Diese 320 000 Stück stehen vollständig der Entente zur Verfügung, so daß die Entente den Zentralmächten in der Geschossherstellung um täglich 260 000 Stück „über“ ist. Das Blatt teilt mit, daß sowohl in Frankreich, als auch in England, Italien und Rußland alle Vorkehrungen getroffen sind, um die Geschossherstellung noch weiter ganz erheblich zu steigern. Deutschland macht ebenfalls alle Anstrengungen, um die Munitionsherstellung gewaltig auszuweiten. Gegenwärtig erlebe man den Wettkampf der Kriegsführenden in der Beschaffung von Munition. Das Blatt ist der Überzeugung, daß dieser Krieg nicht durch die Fülle der menschlichen Reserven, sondern durch das Übergewicht an Waffen und Munition entschieden werden wird. — Ein wichtiger Hungerzeiger für Deutschland und seine Verbündeten.

An den Freiherrn von Wangenheim. Dieser führende Großagrarier fordert in einer Veröffentlichung „Ein neuer Schweinemord?“ vom 2. Januar, daß Unberufenen uns mit ihrer Weisheit verschonen, die Landwirtschaft und ihre beruflichen Vertretungen sind nachgerade urteilsfähig genug, um über die Fortführung ihrer Betriebe je nach Lage der Verhältnisse in der einzelnen Wirtschaft selbst entscheiden zu können. — Gut gebrüllt, aber bei allem Respekt vor dieser Auffassung der Dinge müssen wir doch sagen, daß es sich jetzt nicht um die Weisheit Unberufener, sondern um eine öffentliche Kontrolle aller der Vorgänge handelt, die von allgemeiner Wichtigkeit sind. Berufsstände und urteilsfähig müßten die Gesinnungsfreunde des Herrn von Wangenheim sein. Ihre Zuverlässigkeit ist jedoch nur eine bedingte. Das hat ja gerade der unselige Schweinemord bewiesen, der doch nur durch die auffallend unrichtige — Kartoffelbestandsaufnahme hervorgerufen worden ist.

Englisches Verbot der Weizennotierungen. England hat die Veröffentlichung der Weizennotierungen an der Börse verboten. Wir werden also zukünftig erst nach einiger Zeit, und zwar brieflich, die Notierungen an der ausländischen Börse über Preise und Verkäufe erfahren. Da England die Ueberseeerbörsen beherrscht, kann es ein solches Verbot leicht durchführen. Diese Maßnahme ist außerordentlich bezeichnend. Die schlechte Weltweizenpreise hat die Presse sprunghaft in die Höhe gehoben, die wöchentliche Verschiffung nach England ist erheblich zurückgegangen. Um nun diese schwierige Lage zu verschleiern, deshalb das Verbot.

Leistungen des Gewerkschaftsverbandes der Heimarbeiterinnen. Fünf Millionen Mark Löhne für Heimarbeiterinnen hat in den ersten beiden Kriegsjahren der Gewerkschaftsverband der Heimarbeiterinnen in seinen Nützlichkeit an 35 Orten in Deutschland ausgezahlt. Es liegt jetzt das Ergebnis einer Rundfrage darüber vor. Sämtliche Nützlichkeit beschäftigten durchschnittlich 9 bis 10 000 Heimarbeiterinnen, als Höchstzahl 13 662, im August 1916 9 413, die kleinere Hälfte davon Mitglieder, gewiß eine große Zahl im Verhältnis zur Mitgliederzahl des Vereines, die 1916 etwa 15 000 betrug. Zum Teil allerdings hatten die Magistrate der Städte, zum Teil die Beschäftigtenstellen selber, den Wunsch ausgesprochen, daß auch unorganisierte durch den Verein beschäftigt werden möchten. Einzelnen dabei es sich

dabei auch nicht um eigentliche Heimarbeit, sondern um Strumpfsticken und dergleichen, das nur ausnahmsweise von berufstätigen Heimarbeiterinnen ausgeübt wird. Die ausgezahlten Löhne waren sehr verschieden, je nachdem es sich nur um Nebenverdienst oder Vollarbeit handelte. Durchschnittlich sind monatlich 250 000 Mk. in einem Monat sogar einmal 400 000 Mk. ausgezahlt worden. Die Kleinsten der 35 Kriegsamtstaben beschäftigte 10, die größte über 1800 Arbeiterinnen.

Tariffkündigung im Schneidergewerbe. Die im Schneidergewerbe bestehenden Gesellenverbände kündigten am 1. Dezember v. J. dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe sämtliche in der Herren-, Damen- und Uniformmaschinenbranche bestehenden Tarifverträge zum 28. Februar 1917. An der umfangreichen Kündigung ist der christliche Schneiderverband an 61 Orten beteiligt. Veranlassung zur Kündigung des Tarifverhältnisses war die ablehnende Haltung des Arbeitgeberverbandes in der Frage der Gewährung einer Steuerzuschulage. Hierzu hatten die drei Gesellenverbände bereits im Herbst 1915 einen Antrag an den Arbeitgeberverband gestellt. Dieser glaubte jedoch unter Berufung auf die ungünstige Lage des Schneidergewerbes dem Antrag nicht entsprechen zu können, auch äußerte er Bedenken gegen eine Aenderung der Löhne während der Dauer des Vertragsverhältnisses, stellte aber in Aussicht, bei günstiger Gestaltung der Verhältnisse im Gewerbe der Frage später näher zu treten. Inzwischen kamen die behördlichen Verfügungen für die Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbe, von welchen die Verordnung vom 4. April 1916 die Arbeitszeit auf 10 Stunden für die Verstoffarbeiter und die Arbeitsmenge auf 70% für die Heimarbeiter beschränkte. Zum Ausgleich des mit der Beschränkung verbundenen Lohnausfalles wurden die Arbeitgeber verpflichtet, einen Lohnzuschlag von 10 Prozent zu zahlen. Diese gesetzliche Bestimmung diente den Arbeitgebern als Grund, zum zweitenmal ein Entgegenkommen abzulehnen. Man könne ihnen, den Arbeitgebern, nicht zumuten, eine doppelte Belastung zu tragen, da von einer Abwälzung auf die Landwirtschaft nicht die Rede sein könne. Inzwischen stellte sich heraus, daß die Arbeitgeber nicht um den oben genannten Zuschlag in ihre Verlaufsalkulation eingestellt haben, sondern auch Bestrebungen im Gange waren, mit den Preisen überhaupt in die Höhe zu gehen. „Zeit oder nie“, schrieb das „Zentralorgan“ des Arbeitgeberverbandes, hieß es für die Arbeitgeber des Schneidergewerbes Gelesenheit, entsprechende Preiserhöhungen vorzunehmen. Diejenige Rufe hat die Arbeitgeberchaft auch Rechnung getragen und Preiserhöhungen, außer den durch die Verteuerung des Rohmaterials bedingten Zuschlägen, bis 25 Prozent und darüber eintreten lassen, ohne dabei auf die notwendige Herabsetzung der Löhne Rücksicht zu nehmen. Unter diesen Umständen blieb für die Arbeiter des Schneidergewerbes kein anderer Weg, um einen Ausgleich gegenüber der verteuerten Lebenshaltung zu schaffen, als die Tarife zu kündigen.

Von der Welternnte

Das „Internationale Landwirtschaftsinstitut“ teilt über die Ernte in 1916 mit: Mit dem Monat Dezember haben die Getreideernten in den wichtigsten Produktionsländern der südlichen Erdhälfte ihren Anfang genommen und haben in diesen Tagen ihren Höhepunkt erreicht. Man kennt die wichtige Rolle, die sie für die Ernährung der europäischen Länder spielen, die zum größten Teil nicht imstande sind, ihrem Verbrauch vermittelst der Selbstproduktion allein zu genügen. Außer der stark merklichen Verminderung, die dieses Jahr für die europäische Produktion zu verzeichnen ist, haben die gegenwärtigen Verhältnisse eine derartige Störung im freien Handel verursacht, daß das östliche Europa virtuell nicht die Möglichkeit gehabt hat, den Ueberfluß seiner Ernten an die benachbarten Länder abzugeben. Andererseits können die Länder Nordamerikas, die üblichen Lieferanten Europas, ganz und gar nicht über die Ernten von 1916 erfreut sein, und die Quantitäten, die sie dem alten Erdbteil verkaufen können, sind weit davon entfernt, ihre Leistungen im Vorjahre zu erreichen. Aus allen diesen Gründen sieht man in Europa den Voranschlägen der großen Getreideproduktionsstaaten der anderen Erdhälfte mit wahrer Beforgnis entgegen. Diese Voranschläge erhält das Internationale Landwirtschaftsinstitut zu dem von den statistischen Zentren dieser Länder. So ist es dank den „Nachrichten zur landwirtschaftlichen Produktions- und Handelsstatistik“ dieses Instituts, dessen Dezemberheft im Erscheinen begriffen ist, zum ersten Male möglich, sich einen Gesamt-begriff von den Ernten in den beiden Erdhälften zu machen, Ernten, die die Welternährung bis zur Ernte des nächsten Jahres sicherstellen sollen. Bezüglich des Weizens steht Argentinien offiziell eine Ernte von 21 063 Tausend Q. voraus, während es im Vorjahre 46 988 und 40 526 im Durchschnitt während der fünfjährigen Periode von 1909/1910 bis 1913/14 geerntet hat. Die diesjährige Ernte beträgt also nur 44,8 Prozent und 52 Prozent der letztgenannten beiden Erträge, mit denen sie verglichen ist. Australien erwartet 40 480 Tausend Q. gegenüber 38 319 im Jahre 1915/16 und 24 630 im Durchschnitt, d. h. 104 Prozent und 164 Prozent zu ernten. Wenn man diese beiden Voranschläge addiert, erhält man für die beiden wichtigsten Exporteure der südlichen Erdhälfte einen Gesamt-ertrag von 61 543 Tausend Q., d. h. 71,6 Prozent bezw. 91,5 Prozent der Ernten von 1915 und der Durchschnittsernte. Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien, Norwegen, Niederland, Rumänien, das Europäische Rußland (18 Gouvernements), die Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten

Indien, Japan, Ägypten und Tunis haben insgesamt 674 407 Tausend Q. im Jahre 1915 gegenüber 899 872 im Jahre 1916 und einem fünfjährigen Durchschnitt von 741 819 für die Periode 1909/1913 geerntet. Für die gesamte zurzeit bekannte Weltproduktion (16 Länder der nördlichen und zwei der südlichen Erdhälfte) erhält man also 735 950 Tausend Q., d. h. 74,7 Prozent bezw. 91,2 Prozent der Produktion 1915 und des Durchschnittsertrages.

Bezüglich des Roggens, von dem die nördliche Erdhälfte im praktischen Sinne der alleinige Produzent ist, erreicht der Gesamtertrag der Länder: Dänemark, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Norwegen, Niederland, Europäisches Rußland, Schweiz, Kanada und Vereinigte Staaten im Erntefahre 1916 die Zahl von 251 202 Tausend Q., also 95,2 Prozent derselben in 1915 und 112,0 Prozent des Durchschnitts für die genannten Länder.

Hinsichtlich der Gerste wurde in den Ländern: Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien, Norwegen, Niederlande, Rumänien, Europäisches Rußland, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten, Japan, Ägypten und Tunis im Erntefahre 1916 ein Gesamtertrag von 223 267 Tausend Q. erzielt, also 93,7 Prozent des Ertrags in 1915 und 101,1 Prozent des Durchschnitts. Was den Hafer anbelangt, so kündigt Argentinien für dieses Jahr 4878 Tausend Q. gegen 10 927 im Jahre 1915/16 und 8480 im Durchschnitt erhöhte sich in der nördlichen Erdhälfte die Gesamtproduktion der oben genannten Länder, ausschließlich Ägyptens, auf 458 892 Tausend Q., somit 86,6 Prozent der Produktion in 1915 und 103,2 Prozent des Durchschnitts. Addiert man zu diesen Zahlen die von Argentinien, so erhält man eine gegenwärtige Weltsumme von 463 270 Tausend Q., die nur 85,7 Prozent und 102,3 Prozent des Ertrags zur selben Zeit im Jahre 1915 und des Durchschnittsertrages von 1909/13 darstellt. Für dieses Getreide ist die Lage also nicht viel besser, als für den Weizen. Die Maizernte schließlich und Australiens schon ihre diesbezüglichen Voranschläge hätten machen können.

Bezüglich der nördlichen Erdhälfte befaßt sich der Gesamtertrag der Länder Italien, Rußland, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten und Japan im Erntefahre 1916 auf 697 128 Tausend Q. Es handelt sich demnach um eine schlechte Ernte, denn sie erreicht nur 83,8 Prozent der Ernte in 1915 und 91,7 Prozent des Durchschnitts.

Gerichtliches

sk. Einen Anspruch auf Zuschußgewährung für größere Heilmittel bat ein Krankenassenmitglied nicht. Das Krankenassenmitglied A. in R. hatte sich ein künstliches Zahngebiss einsetzen lassen, und es war ihm von der Kasse ein Zuschlag von 30 Mk. gewährt worden. Dieser wurde beanstandet, und zwar mit Erfolg. Das Reichsversicherungsamt führte in seiner grundlegenden Entscheidung vom 22. Mai 1916 (A. 3. II a. K. 48/16) auf: Die Frage, ob und gegebenenfalls unter welcher Voraussetzungen künstliche Zahngebisse als Heilmittel anzusehen sind, konnte dahingestellt bleiben; denn der Berufung war schon deshalb stattzugeben, weil die Satzungsbestimmung, auf die sich der Kläger beruft, ungesetzlich und deshalb nicht geeignet ist, seinen Anspruch zu stützen. Nach § 193 Abs. 1 Reichsversicherungsordnung kann die Satzung mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes bestimmen, daß die Kasse bis zu einem zu bestimmenden Höchstbetrage einen Zuschuß für größere Heilmittel gewähren „darf“. Bestimmt die Satzung hiernach, die Kasse dürfe für größere Heilmittel einen Zuschuß gewähren, so kann der Versicherte hieraus, wie in der Entscheidung 1952 (Amtl. Nachr. des Reichsversicherungsamtes 1915, S. 348) dargelegt ist, keinen Rechtsanspruch auf den Zuschuß für sich herleiten. In jener Entscheidung ist ausgeführt, daß es sich bei dem Zuschuß um eine Nebenleistung besonderer Art handelt, die ausnahmsweise, wie z. B. auch die Gewährung der Fürsorge für Genesende, dem Ermessen des Vorstandes überlassen bleibt. Eine solche Satzungsbestimmung soll ermöglichen, im Einzelfalle Härten auszugleichen, die dadurch entstehen können, daß jemand für ein Heilmittel überhaupt keine Beihilfe erhält, weil dessen Kosten die eines „kleineren“ Heilmittels übersteigen. Ist hiernach der Zuschuß für größere Heilmittel eine in das pflichtmäßige Ermessen des Vorstandes gestellte Nebenleistung, die von Fall zu Fall zugewilligt werden darf, niemals aber beansprucht werden kann, so ergibt sich ohne weiteres, daß eine Satzungsbestimmung, die unterschiedslos einen Rechtsanspruch auf den Zuschuß schaffen will, den Rahmen der vom Gesetz zugelassenen Nebenleistungen überschreitet. Das ist aber der Fall, wenn die Satzung, wie hier, bestimmt, daß der Zuschuß gewährt „wird“.

sk. Entziehung der Haftrente wegen Ueberverletzung. Ein Arbeiter hatte sich eine Augenverletzung zugezogen, die eine Operation nötig machte. Da er sich derselben nicht unterwarf, wurde ihm die Haftrente für ein Jahr entzogen. Das Reichsversicherungsamt bestätigte diese Entziehung durch Urteil vom 3. Mai 1916 (A. 3. I a. 6274/14; 9 B). Es ging dabei von dem anerkannten Grundsatz aus, daß kein Verleser zur Duldung eines Eingriffes in den Bestand oder die Unverletztheit des Körpers verpflichtet ist, gelangte aber zu der Ueberzeugung, daß die in Rede stehende Operation einem diesem Grundsatze widersprechenden Eingriff nicht darstelle, da sie weder gefährlich noch mit starken Schmerzen verbunden sei, und der Eingriff auch keine allgemeine Parafese erforderlich mache. § 606 des Reichsversicherungsordnung bestimmt: „Hat der Beschäftigte eine Anordnung, die das Verlassen betrifft, ohne gesetzlich

Die Gewerkschaft

Sagen oder sonst triftigen Grund nicht befolgt und wird dadurch seine Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflusst, so kann ihm der Schadenersatz auf Zeit ganz oder teilweise besetzt werden...

R. konnte die Papiere verlangen, ist aber ohne Bedenken als Gläubiger anzusehen und mußte infolgedessen das geforderte schriftliche Empfangsbekenntnis erteilen...

Geographie, „Durch die Wüste“, „Die Kämpfe im Stobowabadi“, „Von meinem Kriegsdienst“, „Mittlungener Gubangriff“ u. a. m.

Der Schlacht von Hermannstadt widmet General von Jansen eine ausführliche eingehende Würdigung in dem oben erwähnten neuesten Heft 108/109 von „Der Krieg 1914/18“...

Bücherschau

Gewerkschaftliche Kriegsarbeit. Das im Christlichen Gewerkschafts-Verlag, Köln, Benloer Wall 9, erschienene Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1917 (Preis für Mitglieder 0,70 M.) hat wiederum besonderen Wert auf die Behandlung solcher Fragen gelegt...

st. Invalidenrente und Krankengeld. Den Verlust von Invalidenrente kann Krankengeld nicht ohne weiteres ersetzt werden. Diesen Grund hat das Reichsversicherungsamt in seiner Entscheidung vom 12. Oktober 1916 (U.-R. II. S. 168/15) ausgesprochen...

st. Ungültigkeit eines Krankenkassenvertrages. Wahl bei ordnungswidriger Besetzung des Wahl Ausschusses. In seiner grundsätzlichen Entscheidung vom 2. Januar 1916 führt das Reichsversicherungsamt aus: Nach dem § 26, 10 der Wahlordnung der Kasse ist bei der Wahl zum Vorstand der Kasse je ein Wahlmann für die Gruppe der Arbeitgeber und der Versicherten zu wählen...

Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen: Unteroffizier Franz Wechlin. Claus Heinrich Guehl aus Schönhorn. Heinrich Landau aus Roppezhain. Georg Scherr aus Groß-Eislingen. Adolf Müller. Zahlstelle Hettlingen. Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten. Am 7. Januar starb das Mitglied Theodor Emolenars aus Hils im Alter von 61 Jahren an Magenkrebs. Verwaltungsstelle Krefeld. Ehre seinem Andenken!

geschichtlich so bedeutungsvollen Zeit. Der Reichssozialpolitik 1914/16 ist ein weiterer Artikel gewidmet, der zeigt, von wie tiefer Einwirkung der Krieg auf den verschiedensten Gebieten gewesen ist. Auch das Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung findet eine eingehende Betrachtung...

Die Richtlinien für den Heiden Gott bezieht der ungarische Dichter Franz Molnar ein ergreifendes Schwermutserlebnis. Die Truppen zogen die Gebirgs-Front entlang, alles lag im tiefen Schnee. Wie es dämmerte, begannen die Soldaten vom Weihnachtstisch zu sprechen. Am Straßenrand stand ein Marienkäpflchen. Ein Soldat trat wortlos aus der Reihe...

Gewerkschaft Konsumentenvereine, herausgegeben im Auftrag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. B., Köln-Mülheim, von Dipl. wiro. Robert Schloesser. Preis 25 Pf. Verlag: Verlags- und Versicherungs-Gesellschaft des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine m. b. H., Köln-Mülheim. Die Zeitschrift behandelt zum ersten Male die Frage der Konsumentenvereine in eingehender Weise...

Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung. Wer Frau u. Kinder für seinen Todesfall schützen und sich für sein Alter, oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder ein Kapital bis zu 2000 M. sichern will, wähle die besonders günstiger Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung. Alle Gewinne fließen den Versicherer zu. Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands. Anfragen erbeten an: Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften Köln a. Rh., Benloer Wall 9.